

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

21. Jahrgang

Berlin, den 24. September 1954

Nummer 39

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte September 1954

Das Signum der internationalen Konjunktur

Die von starken Auftriebskräften getragene Wirtschaftsbelebung vor allem in den europäischen Ländern und die Stabilisierung der amerikanischen Wirtschaftstätigkeit auf dem hohen, nur wenig unter dem Vorjahreshöchststand liegenden Niveau kennzeichnen die gegenwärtige weltwirtschaftliche Konjunkturlage. In scheinbarem Gegensatz zu dieser im ganzen recht günstigen Konstellation stehen die wieder erneut sichtbar werdenden Spannungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Nun gehen diese Spannungen zweifellos von der wirtschaftlichen Stagnation in den USA und ihren Rückwirkungen auf die übrige Welt aus und sind somit durchaus vereinbar mit dem allgemeinen Konjunkturbild. Zu den unmittelbaren Folgen der konjunkturellen Abschwächung in den Vereinigten Staaten sind der verschärfte Konkurrenzkampf zu rechnen, der insoweit begrüßt werden kann, als er die Rationalisierung intensiviert, und vor allen Dingen die wachsenden protektionistischen Tendenzen der amerikanischen Geschäftswelt, die in letzter Zeit ständig zunehmenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik gewonnen haben. Ausdruck dieser sich verschärfenden Haltung sind nicht nur die Zollerhöhungen, sondern auch die der amerikanischen Wirtschaft bei der Vergabe militärischer Aufträge gewährten Erleichterungen und schließlich der Widerstand der Interessentengruppen gegen die Bereitstellung amerikanischen Kapitals für die Montan-Union, d. h. die europäische Wirtschaftsintegration.

Diese Versteifung hat nun mittelbar dahin geführt, daß vor allem Großbritannien in der Frage der Konvertibilität zunehmend eine abwartende Haltung einnimmt. Mit Recht sieht Großbritannien die außerökonomischen Dollarzahlungen der

Vereinigten Staaten, die in der jüngsten Vergangenheit den steigenden Ausfuhrüberschuß im kommerziellen Warenverkehr überdeckten, nicht als die geeignete Basis für die Verwirklichung der Konvertibilitätsbestrebungen an; es fordert deshalb eine Liberalisierung vor allem des führenden Gläubigerlandes (USA).

Die schwache Außenhandelsposition wichtiger Rohstoffländer im asiatisch-australischen Raum und in Südamerika, die trotz der lebhaften Nachfrage der europäischen Industriestaaten keine Besserung erfuhr, und das zunehmende Defizit der übrigen Welt im Warenverkehr mit den Vereinigten Staaten unterstreichen, daß der Unabhängigkeit, der sich die konjunkturelle Entwicklung der übrigen Welt im letzten Jahre erfreuen konnte, Grenzen gezogen sind. Diese treten heute nur deshalb nicht so offen zutage, weil die militärischen Aufwendungen der Vereinigten Staaten in allen Teilen der Welt Milliardenbeträge erreichen. Die jüngste Entwicklung hat gezeigt, daß die von der konjunkturellen Belebung Europas ausgehenden Auftriebskräfte nicht stark genug sind, den von den Vereinigten Staaten ausgehenden Abschwächungstendenzen auf die Dauer entgegenzutreten. Auch wird eine wachsende amerikanische Ausfuhr und ein Konkurrenzkampf auf dritten Märkten der Welt Europas Export einschränken, ohne den Vereinigten Staaten hierdurch ins Gewicht fallende Impulse zu vermitteln. So wird es von der amerikanischen Binnenwirtschaft abhängen, welche Tendenz die Weltkonjunktur langfristig beherrschen wird. Da die öffentlichen Aufwendungen der amerikanischen Bundesregierung nach den neuesten Verlautbarungen gegenüber dem Vorjahr erneut um 4 Mrd. \$ gekürzt werden sollen und die konjunkturpolitische Stützung, die die Regierung der Wirtschaft gibt, vorwiegend auf

dem Gebiet der Geld- und Kreditpolitik liegt, dürfte mit einer baldigen Überwindung der Stagnation — abgesehen natürlich von einer saisonbedingten Belebung — nicht zu rechnen sein. Eine weitere Anspannung in den weltwirtschaftlichen Beziehungen wird daher befürchtet werden müssen.

Die Entwicklung in Westdeutschland

Die konjunkturellen Auftriebskräfte, die seit Frühjahr dieses Jahres in Westdeutschland auf verstärkten Fortschritt drängten, haben auch in den Herbstmonaten nichts von ihrer Intensität verloren. Die wichtigsten Zeichen hierfür sind der hohe Beschäftigungsgrad, der sich in den letzten Wochen praktisch der Vollbeschäftigung genähert hat, sowie das hohe Niveau der industriellen Gesamterzeugung, die im Gegensatz zum Vorjahre bereits im zweiten Viertel dieses Jahres den saisonbegünstigten Rekordstand des vierten Vierteljahrs 1954 nahezu erreichte¹⁾.

Die beiden Hauptkomponenten dieses Wachstums, Verbrauch und Investition, waren beim Jahresvergleich mit gleich starken Wachstumsraten, nämlich mit einer Zunahme von je rund 9,5 vH beteiligt. In der Investitionsentwicklung zeigten sich kurzfristig gewisse Verlagerungen. So war in der Anlageinvestition der Fortschritt bei den Ausrüstungsinvestitionen (Maschinen und Einrichtungen) mit einer Zunahme von rund 15 vH (zweites Vierteljahr 1954 gegen zweites Vierteljahr 1953) bei weitem am stärksten; die Bauinvestitionen erhöhten sich demgegenüber nur um rund 5,5 vH, während die Lagerinvestitionen erheblich zurückgingen.

Diese positiven Globaldaten der Beschäftigungs-, Erzeugungs-, Verbrauchs- und Einkommensentwicklung fußen auf einer allgemeinen Preisentwicklung, die im ganzen stabil verlief. Der im ersten Viertel dieses Jahres auf allen Gebieten noch vorherrschende Preisdruck ist jedoch in den letzten Monaten in einigen Bereichen, so vor allem auf dem Gebiet der Ernährung und der Einzelhandelspreise, einem leichten Anziehen der Preise gewichen.

Die Spannungsfelder

Wenn die faktische Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft somit keine Probleme aufzuwerfen scheint und auch die kurzfristige zukünftige Entwicklung auf Grund hoher Auftragsreserven und einer befriedigenden Auftragsentwicklung als gesichert gelten kann, so heißt dies jedoch keineswegs, daß die hinter dieser faktischen Entwicklung stehenden Kräfte frei von Spannungen wären. Im Gegenteil! Im Hintergrund des im ganzen so positiven Konjunkturverlaufs haben sich vielmehr aus ursprünglichen Randerscheinungen echte Spannungsfelder entwickelt, die zu Kernproblemen des weiteren Fortschritts werden können.

¹⁾ Vgl. auch das Vierteljahrsheft des DIW, Jg. 1954, Heft 3.

Geldvermögensbildung und Verschuldung

So weisen eine überstarke Geldvermögensbildung der Öffentlichen Hand einerseits — zu der außerdem noch die gerade in den letzten Monaten sich ebenfalls verstärkende Geldvermögensbildung der privaten Haushalte tritt — und eine nachlassende Geldvermögensbildung der Wirtschaft andererseits auf Gefahrenpunkte hin, die sofort akut werden müßten, wenn die Sonderfaktoren — Ausland und Wohnungsbau — in ihrer Rolle als Schuldner, d. h. in ihrem Verschuldungszuwachs nachlassen. Besonders für das Ausland und dessen Schuldnerposition muß auch bei weiter anhaltenden Ausfuhrüberschüssen damit gerechnet werden, daß das Ausland früher oder später versuchen wird, der überstarken Gläubigerstellung der westdeutschen Wirtschaft entgegen zu wirken. Eine solche Entwicklung jedoch würde bedeuten, daß die Verschuldung der Wirtschaft im engeren Sinne (ohne Wohnungsbau) gegenüber den Gläubigerbereichen Öffentliche Hand und private Haushalte stärker als bisher zunehmen müßte, wenn das bisherige Fortschritts-tempo aufrechterhalten werden soll.

Gegen diese verstärkte Neuverschuldung der Wirtschaft spricht zwar keineswegs etwa eine nachlassende Investitionsbereitschaft der Wirtschaft, denn diese ist im Gegenteil unverändert hoch und hat gerade in den letzten Monaten eher zu- als abgenommen. Aber erschwerend und hemmend für eine derart verstärkte Neuverschuldung der privaten Wirtschaft wirkt der Umstand, daß aus den vorgenannten Gründen die Relation zwischen dem Geldvermögenszuwachs der Wirtschaft und ihrem im wesentlichen durch Verschuldung ermöglichten Sachvermögenszuwachs sich erheblich zu Lasten des ersteren verändert hat. Eine weiter anhaltende überstarke Geldvermögensbildung der Öffentlichen Hand würde aber die heute noch bestehende hohe Investitionsbereitschaft der Wirtschaft schließlich doch treffen. Damit würde die bei geringer werdenden Ausfuhrüberschüssen notwendige Umstellung der Wirtschaft auf verstärkte Inlandsinvestitionen gefährdet.

Auch für das Bankensystem, das im wesentlichen diese Neuverschuldung der Wirtschaft (im engeren Sinne) als Kreditgeber finanziert und im Rahmen der wachsenden Geldkapitalbildung auch an sich finanzieren kann, sind Disproportionalitäten zwischen Geld- und Sachvermögenszuwachs der kreditnehmenden Wirtschaft ein wesentlicher Grund, die Kreditgewährung einzuschränken oder zumindest weniger stark zu erweitern, als dies im Rahmen der bei den Banken aufkommenden längerfristigen Mittel an sich möglich und im Interesse des Fortschritts erwünscht wäre. Die Konsolidierung der kurzfristigen Neuverschuldung der Wirtschaft, die naturgemäß das Problem der zukünftigen Gesamtverschuldung der Wirtschaft wesentlich ver-

einfachen würde, hat bisher unbeschadet des gerade in diesem Jahr beträchtlich erhöhten Wertpapierabsatzes und trotz der auch vom Bankensystem vorgenommenen Verstärkung seiner längerfristigen Kreditgewährung keineswegs eine überragende Bedeutung für die Wirtschaft gehabt. Der bei weitem größte Teil dieser Konsolidierung ist dem Wohnungsbau zugutegekommen, d. h. sowohl die verstärkte längerfristige Kreditgewährung der Banken als auch die verstärkten Wertpapieremissionen sind in der Hauptsache vom Wohnungsbau und dessen Finanzierung beansprucht worden. Für die übrige Wirtschaft wurde dagegen der über die eigenen Mittel der Wirtschaft hinausgehende Investitionsbedarf, d. h. der Verschuldungszuwachs nach wie vor zu einem beträchtlichen Teil kurzfristig aus Bankkrediten finanziert.

Das Lohnproblem

Ein anderes Spannungsfeld, das zwar scheinbar in keinem Zusammenhang mit den vorgenannten Verschiebungen in der Geldvermögensbildung und deren Konsequenzen für den zukünftigen Fortschritt steht, in Wirklichkeit jedoch mit diesem sehr eng zusammenhängt, ist das Lohnproblem. Die seit Frühjahr dieses Jahres einsetzende Lohnbewegung sollte nach einer längeren Phase der Lohnstabilität (Frühjahr 1953 bis Frühjahr 1954) das allgemeine Lohnniveau wieder anheben.

In der Argumentation für eine Anpassung, d. h. Erhöhung des allgemeinen Lohnniveaus, hat das Produktivitätsargument bekanntlich die entscheidende Rolle gespielt. Im industriellen Bereich, aber auch für das gesamte Sozialprodukt ist nach den bisher vorliegenden statistischen Ermittlungen der Produktivitätszuwachs des vergangenen Halbjahres stärker gewesen als die Zunahme der Reallöhne, so daß insoweit Raum für nominelle Lohnanpassungen gegeben wäre.

Auch im Rahmen dieser Anhebung der Nominallöhne bleibt jedoch die Frage offen, ob damit eine andere Einkommensverteilung erreicht würde. Denn für die Umschichtung des jeweiligen Gesamteinkommenszuwachses zugunsten der Mas-seneinkommen und hier vor allem der Lohneinkommen spielt die Lohngestaltung selbst nicht die Rolle, die ihr sowohl auf Unternehmer- als auch auf Arbeitnehmerseite — fälschlicherweise — zugerechnet wird. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen vielmehr, daß die Einkommensverteilung zwischen Unternehmern und Nichtunternehmern weniger durch Lohnbewegungen als durch davon unabhängige Faktoren beeinflußt wurden. Besonders entscheidend ist hier die Entwicklung der Investitionsquote, der Sparquote der Nichtunternehmer sowie der Ein- und Ausfuhr (Einfuhr- oder Ausfuhrüberschuß). Unter diesem Aspekt berührt sich das erstgenannte Spannungsfeld (Geldvermögensverschiebungen) mit dem Lohnproblem. Der Druck einer wachsenden Ersparnisbildung der Öffentlichen Hand, aber auch der privaten Haushalte auf den Unternehmergewinn kann nur durch verstärkte Investitionen ausgeglichen und im Sinne eines ständigen Fortschritts überkompensiert werden. In diesem Zusammenhang können steigende Lohnaufwendungen, die von den Unternehmern freiwillig akzeptiert werden und die den im Frühsommer in Teilbereichen zweifellos noch vorhandenen Preisdruck wegnehmen, dazu führen, daß — auf dem Umweg über eine Wiedererholung der Konsumgüterproduktion — trotz der zunächst verschlechterten Gewinnsituation das Investitionsvolumen nicht verkürzt wird, sondern steigt. Hierbei würde der Unternehmergewinn sich — seinem absoluten Betrag nach — nicht nur vergrößern, sondern es würde auch der notwendige Fortschritt gewährleistet sowie eine anteilmäßige Einkommensverschiebung zugunsten der Nichtunternehmer ermöglicht werden.

Die Wirtschaftslage in der SBZ um die Jahresmitte 1954

Der Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes im zweiten Quartal 1954 läßt auf eine sich den Planzielen nähernde Entwicklung schließen und unterscheidet sich damit von dem für das erste Quartal vorgelegten Bericht, der noch Nachwirkungen aus den abrupten Planänderungen von Mitte 1953 erkennen ließ und zu Befürchtungen um eine erneute krisenhafte Zuspitzung Anlaß gab¹⁾.

Die industrielle Bruttoproduktion soll im II. Quartal 1954 den Ansatz des Quartalsplans mit 100,5 vH erreicht haben, während für das erste Quartal eine Erfüllung von nur 97 vH gemeldet war. Wertmäßig soll die Bruttoproduktion den

Umfang im zweiten Quartal 1953 um 12,5 vH überstiegen haben, während im Vorquartal eine Steigerung um nur 11 vH erreicht war. Die Zunahme im ganzen Halbjahre wird, wenn man den aus verschiedenen Gründen anomalen Verlauf des Vorjahres berücksichtigt, knapp 12 vH betragen haben. Damit hat sich die seit längerem zu beobachtende sinkende Tendenz der Zuwachsraten der Bruttoproduktion, die von 22 vH im Jahre 1951 auf 16 vH 1952 und 12,5 vH 1953²⁾ zurückgingen, auch im laufenden Jahre fortgesetzt.

Die relativ hohen Wachstumsraten der Bruttoproduktion seit 1950 erklären sich durch die

²⁾ Die Angaben sind infolge Abrundungen u. ä. ungenau. Nach anderer Berechnung ergibt sich für 1952 eine Rate von 15,6 vH und für 1953 eine Rate von 13,2 vH.

¹⁾ Wochenbericht des DIW, Nr. 23 vom 4. 6. 1954.

niedrige Ausgangsbasis. Der 1950 durch hohen Arbeitseinsatz bei großem Anteil der Handarbeit bedingte sehr geringe Produktivitätsgrad wurde vorwiegend durch die Politik der Arbeitsnormensteigerung und z. T. auch durch Verbesserung der technischen Ausrüstung gesteigert. Die Grenzen dieser Methode der Produktivitätsentwicklung beginnen sich jedoch inzwischen abzuzeichnen. Nach den offiziellen Berichten konnte die Arbeitsproduktivität in der volkseigenen Industrie in den Jahren 1951—1953 um jeweils 12,8 vH, 13 vH und 9,2 vH gesteigert werden, doch werden für die ersten beiden Quartale 1954 gegenüber den entsprechenden Vorjahrsquartalen nur noch 5,9 vH und 6,4 vH gemeldet.

Darüber hinaus nimmt auch — bedingt durch den ungünstigen Altersaufbau der Bevölkerung und die Absorbierung von Arbeitskräften durch Verwaltung und Volkspolizei — die Möglichkeit zur Produktionssteigerung durch Einstellung weiterer Arbeitskräfte ab. Es wird zwar gemeldet, daß die Zahl der Produktionsarbeiter in der volkseigenen Industrie gegenüber dem zweiten Quartal 1953 noch um 4,5 vH gewachsen sei, doch wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in fast allen Wirtschaftsbereichen ein Arbeitskräftemangel spürbar werde, der sich nicht nur auf Kräfte mit Hoch- und Fachschulbildung, sondern auch auf Facharbeiter, ungelernte Arbeitskräfte und Lehrstellenanwärter beziehe.

Im einzelnen geht aus dem Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung hervor, daß die Schwerindustrie im I. Halbjahr etwa im Rahmen des Planes gearbeitet hat. Trotzdem in manchen Betrieben der Schwerindustrie die Pläne erfüllt oder sogar übererfüllt wurden, müssen jedoch für eine große Zahl von Betrieben Planrückstände zugegeben werden. Dagegen lag der Maschinenbau um etwa 3 vH, die Lebensmittelindustrie um 2 vH unter dem Planansatz, während die Leichtindustrie zum erstenmal mit einer Produktion von 103,1 vH (erstes Quartal 98,4 vH) ihren bereits erhöhten Planansatz überschritten hat.

Innerhalb der gesamten Produktion soll die Herstellung der sog. „Massenbedarfsgüter“, die bisher vernachlässigt war, wertmäßig um 19 vH über der des Vorjahres gelegen haben und vielfach in der Qualität verbessert worden sein. Diese Mehrproduktion scheint insbesondere bei den noch in Privathand befindlichen Betrieben angefallen zu sein. Bei Umrechnung der mitgeteilten Prozentziffern ergibt sich, daß der Anteil der Privatbetriebe an der gesamten Industrieproduktion einen Teil der Verluste in den Jahren 1952 bis 1953 wieder hat aufholen können. Der Anteil der Privatindustrie an der Gesamtproduktion betrug 1951 rd. 24 vH, sank dann 1952 auf rd. 22,7 vH und 1953 auf 21 vH und dürfte zur Zeit rd. 23,3 vH betragen.

Durch Produktionssteigerung von „Massenbedarfsgütern“ scheint sich die Warenversorgung des Inlandsmarktes etwas gebessert zu haben. Der Warenumsatzplan, der im ersten Quartal als nicht erfüllt gemeldet war, wurde nach dem Bericht im zweiten Quartal mit 102 vH erfüllt. Gegenüber den ersten beiden Quartalen des Jahres 1953 wird eine Zunahme der Umsätze um 15 bzw. 18 vH (Industriewaren allein 21 vH bzw. 29 vH) gemeldet, und zumindest im zweiten Quartal scheint die Warenversorgung besser ausgereicht zu haben, die der Bevölkerung aus Löhnen usw. zugeflossene Kaufkraft zu befriedigen. Die Steigerung des Bargeldumlaufs, die im ersten Quartal als ein Anzeichen für ein ungenügendes Warenangebot anzusehen war, hat sich jedenfalls bis Ende Juni verlangsamt.

Über die Situation in der Landwirtschaft sind die Mitteilungen des Berichtes z. T. überholt, weil sie die durch das ungünstige Erntewetter und durch die Hochwasserkatastrophe verursachten Schäden noch nicht berücksichtigen. Allgemein wird festgestellt, daß die Bestellungsarbeiten trotz ihres späteren Beginnes rechtzeitig beendet und Auswinterungsschäden in Höhe von 10 vH durch Neubestellung beseitigt werden konnten. Als günstige Momente werden die bessere Belieferung mit Kunstdünger und eine höhere Traktorenleistung hervorgehoben, während die Viehbestandspläne nicht erfüllt seien, aber eine Steigerung der Milchleistung pro Kuh erzielt wurde.

Zum Außenhandel wird bei sonst sehr knapper Berichterstattung insbesondere die Beteiligung der SBZ an einer Reihe ausländischer Messen aufgezählt. Der Gesamtumsatz soll im zweiten Quartal gegenüber dem Vorjahr um 48 vH (im ersten Quartal um 28 vH) gestiegen sein, was für das ganze erste Halbjahr eine Umsatzerhöhung um rd. 650 Millionen Rubel bedeuten würde. Dies ist ein relativ schlechtes Ergebnis, wenn berücksichtigt wird, daß im Exportplan für 1954 ein Mehrexport von rd. 1600 Mill. Rubel vorgesehen ist³⁾, der durch Umlegung früherer Reparationslieferungen auf normalen Export produktionsmäßig gesichert sein müßte. Trotz der seit einem Jahre laufenden Exportbemühungen auf westlichen Märkten scheinen daher erhebliche Absatzschwierigkeiten vorzuliegen, die durch ungenügende Abnahmebereitschaft im Ostblock bedingt sind, der seinerseits der SBZ die benötigten Rohstofflieferungen z. Z. anscheinend nicht anzubieten vermag. Ob die auf der Leipziger Messe von amtlicher Seite erneut erklärte Bereitschaft, große Rohstoffmengen — selbstverständlich gegen entsprechende Gegenlieferungen — in westlichen Ländern zu kaufen, zu dem gewünschten und auch nötigen Erfolge führen wird, muß aus mancherlei Gründen bezweifelt werden.

³⁾ Wochenbericht des DIW, Nr. 28/29 vom 9. 7. 1954.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniensstr. 2
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N63, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung) im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—

— Hierzu 2 Zahlenbeilagen —

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1953							1954							
			Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Anzahl der Werktage:			23	25,2	27	25,8	26	27	24,1	25	24,8	24	27	24	24	24	27
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit																	
Beschäftigte 1)	BRD	1000	E	15806	.	.	16044	.	.	15597	.	.	15758	.	.	16500	.
darunter weibliche	BRD	vH	"	758	764	777	783	787	785	778	761	746	736	765	.	789	.
" "																	

Gegenstand	Einheit †)	Woche :	Vorjahr					Gegenwart									
			16.-22. August 1953	23.-29. August 1953	30.Aug. bis 5.Sept. 1953	6.-12. Sept. 1953	13.-19. Sept. 1953	18.-24. Juli 1954	25.-31. Juli 1954	1.—7. August 1954	8.-14. August 1954	15.-21. August 1954	22.-28. August 1954	29.Aug. bis 4.Sept. 1954	5.-11. Sept. 1954	12.-18. Sept. 1954	
			33.	34.	35.	36.	37.	29.	30.	31.	32.	33.	34.	35.	36.	37.	
Arbeitsmarkt																	
Arbeitslose in Westdeutschland . . .	1000	M; E	.	.	968	.	969	.	934	.	.	.	.	879	.	.	
" " West-Berlin	"	"	.	.	219	.	215	.	175	.	.	.	.	164	.	.	
Versicherte Arbeitslose in USA . . .	"	Sa	853	844	815	861	844	2029	1968	.	.	.	.	.	.	.	
Produktion																	
Geschäftstätigkeit in USA	o) 1947/49=100	Sa	241,2	237,6	235,8	235,5	237,6	124,2	123,1	122,1	123,6	123,1	122,4	121,5	121,0	.	
Industrieproduktion in USA	"	"	232,9	231,8	232,3	227,9	228,5	127,5	126,5	126,5	126,8	125,6	126,8	127,5	126,6	127,3	
Steinkohlenfödrerg. in Westdschld.)	1000 t	WS	2369	2375	2350	2380	2415	2494	2467	2442	2441	2477	o) 2487	2448	2459	.	
" " Großbritannien	"	"	4265	4343	4439	4250	o) 4570	3642	3642	3730	3733	4245	.	o) 4403	3879	4377	
Kohlenförderung in USA	"	"	8686	8868	8682	7371	8777	6373	6378	6718	7040	6849	6713	6949	6033	.	
Rohstahlerzeugung in Westdeutschld.)	"	"	184	183	181	182	176	228	228	224	228	233	234	227	230	.	
" " USA	"	"	1969	1938	1932	1814	1847	1427	1395	1401	1378	1344	1357	1401	1361	1433	
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	"	162	158	138	123	146	128	131	124	118	122	113	111	85	73	
Stromverbrauch in Westdeutschland .	Mill. kWh	"	763,3	777,0	784,6	798,3	798,0	834,0	832,4	836,0	812,7	818,3	840,0	.	.	.	
" " West-Berlin ²⁾	"	"	19,3	20,0	20,3	21,0	21,8	21,7	21,6	21,2	22,4	23,1	23,5	23,4	24,0	24,6	
Güterverkehr																	
Wagenanforderung } Deutsche	1000 Wagen	WS	331,1	335,1	339,5	346,3	358,5	340,9	343,9	339,4	336,4	344,7	350,1	353,4	.	.	
Wagengestellung } Bundesbahn	"	"	328,9	332,3	335,8	342,4	354,1	339,1	342,1	337,7	335,3	343,6	348,1	351,2	.	.	
Zahlungsverkehr																	
Zahlungsmittelumlauf in	Mill. DM	BSt	10677	.	11971	11587	11224	11404	12651	12047	11758	.	11182	12601	12127	11789	
Westdeutschland u. West-Berlin . .	£	Di	1559	1546	1544	1540	1538	1701	1716	1717	1696	1671	1654	1650	1648	1643	
Notenumlauf d. Bank von England . .	Mrd. ffrs.	Mo	2168	2176	2212	2194	2148	2338	2386	2397	2366	2325	2386	2402	.	.	
" " Frankreich	Mill. hfl.	Mo	3094	3120	3208	3152	3116	3360	3424	3469	3372	3344	3349	3447	3414	3363	
" " Niederländ. Bank	" bfrs.	Do	99236	99207	100558	99958	98883	100802	100951	102099	101109	100424	100140	101815	101230	100128	
" " Belgisch. Nationalabk.	" sfrs.	BSt	4722	.	4861	4811	4761	4895	4956	4874	4822	.	4286	4957	4906	4858	
" " Schweiz. "	" skr.	"	.	4088	4323	.	.	4328	4464	.	.	.	4282	4525	.	.	
" " Schwedisch. "	" \$	Mi	.	.	1550	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
" " Bank von Canada	" \$	"	30145	30105	30240	30479	30335	29854	29776	29893	29911	29866	29786	29923	30115	29998	
Geld- und Kapitalmarkt																	
<i>Bank deutscher Länder</i>																	
Goldbestand	Mill. DM	BSt	988	.	1036	1038	1082	1964	2006	2048	2133	.	2221	2286	2328	2328	
Inlandswechsel	"	"	1133	.	1328	1326	1344	962	1032	940	842	.	773	756	689	705	
Lombardforderungen	"	"	133	.	326	151	214	31	98	8	41	.	36	98	26	36	
Vorschüsse an die öfftl. Verwaltung.	"	"	184	.	190	197	191	171	169	175	180	.	180	159	153	143	
Forderungen gegen die öfftl. Hand. .	"	"	3733	.	3988	4043	3333	1698	2398	2473	1930	.	1772	2428	2529	1757	
Depositen	"	"	1885	.	1459	1789	1604	1929	1608	2207	1966	.	2340	1667	2165	1828	
<i>480 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland</i>																	
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken.	"	"	.	.	14740	.	14994	.	15870	.	15863	.	.	.	.	.	
Einlagen von Nichtbanken	"	"	.	.	21047	.	21200	.	16542	.	16711	.	.	.	.	.	
darunter Spareinlagen.	"	"	.	.	4951	.	5022	.	7748	.	7836	.	.	.	.	.	
<i>Berliner Zentralbank</i>																	
Wechsel	"	"	30,9	.	46,9	45,8	35,9	8,3	3,0	10,5	7,5	.	6,1	7,6	6,5	4,3	
Angekaufte Ausgleichsforderungen . .	"	"	127,7	.	145,7	130,3	130,3	186,4	163,4	157,4	144,6	.	146,6	168,1	165,6	154,1	
Einlagen insgesamt	"	"	172,5	.	125,9	154,7	168,2	238,1	248,0	289,9	232,2	.	257,2	216,6	252,8	252,6	
<i>Bank von England</i>																	
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	Mi	1620,7	1571,8	1571,8	1571,8	1571,7	1721,2	1746,3	1746,3	1746,3	1696,2	1696,2	1671,2	1671,2	1671,2	
Forderungen der Bankabteilung . . .	"	"	329,4	371,4	372,1	359,2	363,0	359,8	346,9	348,9	310,8	352,3	317,1	343,6	340,2	351,1	
Depositen insgesamt	"	"	380,2	385,2	387,9	378,2	384,4	367,8	365,4	366,2	349,4	365,9	347,3	352,8	351,6	367,6	
<i>Bundes-Reserve-Banken USA</i>																	
Aktiva (gesamt)	Mill. \$	Mi	51594	50770	50618	50571	52116	50635	50108	49820	49934	50353	.	.	.	.	
darunter: Goldzertifikate	"	"	20246	20245	20130	20140	20120	20392	20367	20367	20327	20327	.	.	.	.	
Regierungspapiere	"	"	25008	25017	25067	25126	25207	24714	24517	24325	24023	23957	.	.	.	.	
Einlagen insgesamt	"	"	21379	20981	20737	20610	21015	20708	20631	20363	20270	20397	.	.	.	.	
darunter: Regierungseinlagen	"	"	738	669	541	574	356	536	548	677	593	646	.	.	.	.	
<i>Zinssätze</i>																	
<i>in Westdeutschland</i>																	
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd.	o/o p.a.	Sa	3½	3½	3½	3½	3½	3	3	3	3	3	3	3	3	3	
Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung	"	"	¾	¾	¾	¾	¾	¾	¾	¾	¾	¾	¾	¾	¾	¾	
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungsfrr.	"	"	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	
Tagesgeld in London	"	"	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	1¼-1½	1¼-1½	1¼-1½	1¼-1½	1¼-1½	1¼-1½	1¼-1½	1¼-1½	1¼-1½	
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	"	"	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	2½-3	2½-3	2½-3	2½-3	2½-3	2½-3	2½-3	2½-3	2½-3	
<i>Effektenmarkt</i>																	
<i>40/oige Wertpapiere in Westdeutschland</i>																	
Kursniveau, gesamt.	vH	BSt	79,89	.	79,75	79,69	79,74	86,16	86,52	86,58	87,18	.	88,04	88,40	88,89	.	
dar. Pfandbriefe d. Hypothekenbanken	"	"	78,56	.	78,26	78,21	78,81	85,06	85,59	86,47	87,00	.	88,18	88,54	88,94	.	
" d. öfftl.-rechtl. Kreditanst.	"	"	82,16	.	82,16	82,16	82,16	84,81	85,00	86,00	87,00	.	87,63	88,38	89,06	.	
Kommunalobligationen	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
der Hypothekenbanken	"	"	76,90	.	76,65	76,55	76,75	83,40	84,30	85,30	85,40	.	86,40	86,50	87,20	.	
der öfftl.-rechtl. Kreditanstalten	"	"	84,00	.	84,00	84,00	84,00	85,17	85,17	85,67	87,00	.	87,50	87,67	88,67	.	
Industrieobligationen	"	"	80,78	.	80,96	80,81	81,07	90,07	90,14	87,22	87,71	.	88,01	88,22	88,70	.	
Aktienindex, Westdeutschland ^{o)} . . .	Dez. 48 = 100	Fr	304,6	313,5	313,1	333,4	327,1	456,9	452,6	460,8	462,9	468,8	478,2	488,7	493,0	496,0	
Aktienindex, Großbritannien ⁴⁾ . . .	1.7.1935 = 100	"	124,3	124,1	124,0	124,7	125,8	158,5	160,3	163,2	167,7	166,0	170,8	171,7	171,5	170,9	
Aktienkurse in USA ⁵⁾	\$ je Stck.	Fr	271,9	265,7	264,3	259,7	258,8	343,5	347,9	343,1	346,6	350,4	344,5	343,1	347,8	355,2	
Wechselkurse																	
Notenfreiverkehr in Zürich	sfrs.je100DM	BSt	.	94,00	95,75	97,50	97,38	101,40	101,45	101,25	101,30	101,10	101,10	100,95	101,00	100,85	
" " New York	\$ je 100 DM	"	.	22,000	22,375	22,625	22,750	28,625	28,625	28,625	28,625	28,500	28,500	28,500	28,500	28,500	
DM-Ost in Berlin (Mittelkurs) . . .	je DM-West	Fr	4,95	4,71	4,61	4,54	4,47	4,71	4,83	4,83	4,85	4,85	4,85	4,66	4,61	4,64	
Warenpreise																	
<i>Großhandelsindizes</i>																	
Rohstoffpreise in USA (Moody) . . .	31.12.31 = 100	Fr	224,0	417,1	415,5	415,9	412,4	427,1	427,3	430,8	429,7	422,8	414,3	412,2	409,3	408,0	
" " Großbrit. (Reuter)	18. 9. 31 = 100	"	487,0	488,3	485,0	486,7	486,7	480,3	481,0	480,6	478,7	479,0	481,8	483,5	482,0	483,4	
<i>Großhandelspreise</i>																	
Baumwolle, New York, loco.	cts je lb	"	33,70	33,80	33,75	33,80	33,65	35,40	35,45	35,40	35,05	35,20	35,10	35,15	35,20	35,50	
Weizen, New York, hardw., loco . . .	cts je 60 lbs	"	259,75	264,25	264,00	265,00	259,00	270,38	269,88	273,00	271,13	273,25	276,88	278,50	277,38	273,63	
Kautschuk, ribb. sm. sh. London . . .	d je lb	"	19,38	19,13	19,00	19,13	19,13	20,38	20,50	20,38	20,00	20,00	20,13	20,06	20,63	20,63	
Kupfer, Elektrolyt, London	£ je lg.t	"	232,50	227,00	227,00	230,00	233,75	236,25	234,63	233,25	234,13	236,88	240,88	245,50	245,50	253,38	

¹⁾ Woche rechnet von Montag bis Sonntag. — ²⁾ Ohne Stromverbrauch der S-Bahn. — ³⁾ Allg. Aktienindex Frankfurt/M. (F.A.Z.). — ⁴⁾ 30 Stammaktien, London (Financial Times). — ⁵⁾ Dow Jones, 30 Industrieaktien. — ⁶⁾ Basis der Indexziffern für 1953: 1935/39 = 100. — ⁷⁾ Stand Ultimo.